

Stromlücken sollen erst auf heimtückische Weise geschaffen werden

Ein Seminar „Christen gegen Atomenergie und Atomrüstung“ kommt zu dem Ergebnis:

„Viele Christen sind sich bewußt geworden, daß ihr Glaube und ihre Verantwortung für das Leben heute nur heißen können: Widerstand gegen die militärische und die sogenannte friedliche Nutzung der Atomtechnik.“ Unter diesem Leitmotiv stand die Veranstaltung der Vereinigung „Christen gegen Atomenergie und Atomrüstung“, die kürzlich in Osnabrück stattfand. Zu dem Seminar unter dem Motto „Der Götze wackelt!“ hatten etwa zwanzig Organisationen aus dem kirchen- und gesellschaftskritischen Bereich eingeladen. Der Osnabrücker Hochschullehrer für Gesellschaftspolitik, Mohssen Massarrat, hielt für die Arbeitsgruppe „Politische Ökonomie der Atomenergie“ ein Referat, das wir im folgenden, leicht gekürzt, veröffentlichen.

Der Götze wackelt!

1. Vorbemerkung

In der öffentlichen Auseinandersetzung um die Atomenergie ist es für die breiten Bevölkerungsschichten oft sehr schwierig, zwischen Falschinformation, Agitation und den tatsächlichen Motiven und Beweggründen des Ausbaus der Atomenergie zu unterscheiden. Schuld daran ist die massive Agitations- und Werbekampagne der AKW-Industrie und ihrer nebulösen „Freundeskreise“, die bei ihrem Wirken vor nichts zurückschrecken. Auch nicht davor, sich der ausgeklügelten tiefenpsychologischen Werbemethoden der Waschmittelindustrie zu bedienen. Inzwischen verfügen die Atomtreiber über eine regelrechte Ideologie, die dazu noch auf die politisch-psychologisch veränderte Lage äußerst flexibel reagiert. Während die Ideologie der Atomenergie an die echten Bedürfnisse der Menschen, zum Beispiel Sicherheit der Arbeitsplätze, Sicherheit nach Frieden etc., appelliert, kümmert es die tatsächlichen Triebkräfte des Ausbaus dieser Technologie einen Dreck, ob durch sie tatsächlich das eintritt, was die Ideologie verspricht. Hieraus ergibt sich für die AKW-Gegner und die Atombewegung insgesamt, in ihrer Gegeninformation und Aufklärung diese beiden Ebenen feinsäuberlich voneinander zu unterscheiden: Die ideologische Ebene der Atomenergie und die tatsächlichen Triebkräfte ihres forcierten Ausbaus. Dieser Logik entsprechen auch meine Ausführungen im ersten und zweiten Teil dieses Referates.

2. Die Atomtreiber stellen die Wahrheit auf den Kopf

2.1. „Es gibt bald eine Stromlücke. Die Lichter gehen bald aus.“

Diese Behauptung ist äußerst zweifelhaft und kann kaum sachlich begründet werden. Auf der Basis eines offiziellen Berichtes des Bundesministeriums für Wirtschaft (erschienen am 6. 11. 1978 in der Zeitschrift „Elektrizitätswirtschaft“) konnte für das Jahr 1977 ein durchschnittlicher Überschuß an Kraftwerks-Engpaßleistung der Bundesrepublik von 45,5 GW (also 118%) wie folgt ermittelt werden:

Strombedarf insgesamt	341 200 GWh
Bedarf an Engpaßleistung	38,3 GW
Installierte Engpaßleistung	83,7 GW
Überschuß der Engpaßleist.	45,4 GW
(Mrd. Wh)	

341 200

= 365 Tage x 24 h

(Quelle: Atomexpres Juni 1979, S. 14)

Selbst bei Zugrundelegung von in der Regel höherem „Spitzenlastbedarf“ (was nicht unumgänglich ist) sieht die Überschußbilanz nicht wesentlich anders aus. Geht man von einer für die Dekkung der Spitzenlast (am 21. 12. 1977 um 8.00 Uhr) notwendigen Engpaßkapazität der öffentlichen Stromversorgung von 47 GW aus (offizielle Angaben gibt es nur für diesen Sektor), dann kann ein Kapazitätsüberschuß (Engpaßleistung) von immerhin 25 GW (also 52%) errechnet werden.

Installierte Engpaßleistung	72 GW
(mit Anschluß an öffentl. Netz)	
Bedarf an Engpaßleistung	47 GW
bei Spitzenlast	
Überschuß der Engpaßleistung	25 GW
(Quelle: Atomexpres, Juni 1979, S. 15)	

Die Kapazitätsreserven dürften selbst bei Spitzenlastbetrachtung höher liegen,

wenn der Gesamtbedarf bei Spitzenlast der Gesamt-Engpaßleistung der Bundesrepublik (= der Summe der Engpaßleistung von öffentlichen Kraftwerken, Industrie- und Bundesbahnkraftwerken) gegenübergestellt wird, die für 1977 auf insgesamt 83,7 GW beziffert wurde.

Zu diesen auf jeden Fall über 25 GW liegenden Reserven kann eine Reserve von 8,5 GW hinzugezählt werden, die (laut Feststellung des Bundeskartellamtes im RWE-Verfahren vom Dezember 1977) die Industrie kurzfristig liefern könnte, wenn die EVU's dazu nur bereit wären. Laut Spiegel (Nr. 14/1977) kann die Industrie auf längere Sicht sogar 21 GW an Engpaßkapazität für die Einspeisung in das öffentliche Netz zur Verfügung stellen.

Ähnlich ist die Strombilanzlage im Jahre 1978, also dem Jahr, über das noch genauere Daten vorliegen. In diesem Jahr stand einer Kapazität von ca. 74,5 GW im öffentlichen Netz ein maximaler Bedarf (also Spitzenlast) von ca. 50 GW gegenüber. Das entspricht einer Kapazitätsreserve von 24,5 GW bzw. von rund 50 Prozent (Atomexpres, April 1980, Seite 24).

Fazit: Kurzfristig gibt es also keine Stromlücke. Doch nicht nur das. Alle AKW's der Bundesrepublik Deutschland, die 1977 eine Engpaßleistung von 7,375 GW bzw. 1978 von 8,675 GW bereitstellen, könnten auch abgeschaltet werden, ohne daß deshalb die „Lichter bald ausgehen“ würden.

2.2. Wenn nicht kurzfristig, so doch mittel- und langfristig, wird es auf jeden Fall zu Engpässen kommen.

Auch diese Behauptung ist fraglich. Zumindest ist eine solche Entwicklung nicht zwangsläufig.

Fazit: Es braucht auch mittelfristig keine Stromlücke zu geben. Stromlücken, die von maßgeblichen Vertretern der Bundesregierung behauptet werden, sollen erst auf heimtückische Weise geschaffen werden.

Auch langfristig braucht es eine Stromlücke, ja sogar eine Energielücke, nicht zu geben, wenn:

- alle verfügbaren Kapazitäten im gesamtwirtschaftlichen Sinne voll genutzt,
- die Verluste bei der industriellen Produktion (spez. Energieverbrauch) herabgesenkt,
- energiesparende Geräte und Motoren gebaut,
- die Verluste beim Endverbraucher, insbesondere bei der Raumheizung, minimiert und
- vor allem alternative und dezentral organisierte Energiequellen (Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme etc.) erschlossen und genutzt würden.

Die notwendige, ja unerläßliche Umorientierung der Produktions- und Verbrauchsstruktur in einer alternativen Gesellschaftsordnung würde ohnehin gänzlich neue Möglichkeiten der Energiebedarfsdeckung erschließen.

Doch keine dieser Möglichkeiten stehen offensichtlich bei der offiziellen Energiepolitik im Vordergrund, am wenigsten die alternativen Energiequellen. Die weiteren und forcierten Aufwendungen der Forschungsausgaben für die Atomenergie, die zwischen 1977 und 1980 fast 4,4 Mrd. DM, d. h. also 65 Prozent der Gesamtaufwendungen, ausmachten, belegen das.

Gesamtaufwendungen für Energieforschung und Energietechnologien 1977—1980 in Mio DM

	1977	1980
Atomenergie	952	4374
Neue Energiequellen	103	606
Rest	235	1765
Summe	1290	6745

(Quelle: Programm Energieforschung und Energietechnologie 1977—1980, Bonn 1979, S. 160.)

Es geht auch gar nicht darum, den unter Abwägung aller langfristigen gesamtwirtschaftlichen Faktoren notwendigen Energiebedarf zu decken, sondern offensichtlich genau umgekehrt darum, bewußt eine Lücke erst zu schaffen.

2.3. „Arbeitslosigkeit oder Atomenergie“

Die Behauptung einer „drohenden Stromlücke“ verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit. Die Fakten sprechen für sich. Die Waffe der Lüge scheint der Waffe der nackten Tatsachen zu unterliegen. Das wissen natürlich auch die Atomtreiber. So sind sie auch in letzter Zeit verstärkt dazu übergegangen, auf die Emotionen und Ängste der Bevölkerung zu setzen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist ein echtes und legitimes Bedürfnis jedes Menschen. Genau dieses Bedürfnis versuchen aber die Atomtreiber für ihre Zwecke skrupellos zu mißbrauchen. Wessen Arbeitsplatz meinen sie überhaupt?

Meinen sie etwa die rund 7000 Arbeitsplätze der Atomindustrie? Bei einem Verzicht auf Atomenergie gingen doch diese Arbeitsplätze nicht verloren. Sie könnten alle, mit Ausnahme von rund 7000 Arbeitsplätzen der Spezialisten (der harte Kern der Lohn- und gehaltsabhängigen Befürworter der Kernenergie), zum Beispiel für die Produktion von konventionellen Kohlekraftwerken eingesetzt werden. Weder ein Wechsel von Arbeitsplatz und Wohnsitz noch eine Umschulung wäre hierzu notwendig. Und nicht nur das. Eine Umstellung des Atomstroms auf Kohlestrom würde einige 10 000 neue Arbeitsplätze im Kohlenbergbau schaffen. Doch könnte es sein, daß die Atomtreiber die Umschulung von 7000 Spezialisten für inhuman und unzumutbar halten! Waren es aber nicht dieselben Charaktermasken, die in den fünfziger und sechziger Jahren in der Bundesrepublik aus Sorge um die „Sicherung des langfristigen Energiebedarfs“, um die „Vermeidung der drohenden Energielücke“, um die „Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft“ etc. massiv für einen strukturellen Wandel der Energieversorgung für die Substitution der heimischen Kohle durch importiertes Rohöl als Energiebasis eingetreten sind? Zwischen 1957 und 1978 wurde die Steinkohleproduktion in der Bundesrepublik von 150 auf 85 Mio. t gedrosselt.

Von den 173 Kohlebergwerken wurden in diesem Zeitraum 131 stillgelegt, gegen dicke staatliche „Entschädigung“ — versteht sich. 420 000 Bergarbeiter mußten ihre Arbeitsplätze aufgeben, teils wegen Produktionsdrosselung, teils wegen Rationalisierung. Ihnen wurde zugemutet, ihren Arbeitsplatz zu wechseln und darüber hinaus auf andere Berufe umzuschulen. Auch der Wechsel des bisherigen sozialen Milieus dieser Arbeiter mit ihren Familienangehörigen, also ca. 1 1/2 Mio. Menschen, wurde als Folge der damals eingeleiteten Energiepolitik hingenommen. Kann man diesen Charaktermasken nun angesichts dieser historischen — und für viele immer noch lebendigen — Erfahrung abkaufen, wenn sie aus humanitären Gründen für den Ausbau der Atomenergie eintreten, oder werden eher die Betroffenen, auch die 7000 Spezialisten, für die Durchsetzung

der neuen Energiepolitik benutzt? Besonders schmerzlich ist es, wenn auch und gerade die deutschen Gewerkschaften, trotz der bitteren Erfahrungen von Hunderttausenden von Bergarbeitern,



Szene auf der besetzten Bohrstelle 1004 bei Gorleben.

(Bild: Sven Simon)

auf die Neuaufgabe der energiepolitischen Heuchelei bisher hereingefallen sind.

Doch ist damit das „Arbeitsplatzargument“ noch lange nicht widerlegt. Denn es gehe ja nicht nur um die Arbeitsplätze der Atomindustrie — würde man entgegen —, sondern um die der gesamten Industrie. Schließlich müsse alles unternommen werden, die Arbeitsplätze in allen Industriebranchen abzusichern. Hierzu müsse die gesamte Industrie mit ausreichender Energie und insbesondere mit ausreichendem Strom versorgt werden. Und das ginge wohl wiederum nur, wenn die Atomenergie ausgebaut würde. Eine solche Begründung widerlegt selbst die von der Bun-

desregierung aufgestellte Strom-Bedarfsprognose. Wie oben gesehen, steigt der Strombedarf bis 1990 nicht, weil die Industrie, sondern weil die Haushalte und Kleinproduktion besonders viel Strom verbrauchen sollen. Stromverzehrende Haushaltsgeräte und die Umstellung der Raumheizung auf Strom würde aber keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Durch Energiesparmaßnahmen, insbesondere bei Gebäudeisolierungen — also nicht durch mehr, sondern umgekehrt durch weniger Strom —, können viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer, der auch der „Enquetekommission: Zukünftige Kernenergiepolitik“ angehört, rechnet bis zum Jahre 2000 mit 700 000 bis einer Million

neuen Arbeitsplätzen (FR vom 30. 4. 80) für Energiesparmaßnahmen (eine Wende der DGB-Energiepolitik?):

Alle diese Argumente wären kein hinreichender Grund, dennoch aus „Sorge um die Arbeitsplätze“ für den Ausbau der Atomenergie einzutreten. Man lebe und wirtschaft, würde man uns entgegenhalten, nicht auf einer Insel, sondern in einer Welt mit so vielen Konkurrenten. Man dürfe auch nicht so engstirnig sein und von egoistischen Gruppen- oder Brancheninteressen her die nationalen Probleme wie Arbeitslosigkeit anpak-

ken. Schließlich gäbe es eine nationale Gesamtverantwortung. Unsere Wirtschaft dürfe nicht gegenüber anderen nationalen Marktwirtschaften an Wettbewerbsvorteilen verlieren, schon gar nicht gegenüber unseren „kommunistischen“ Konkurrenten. Wenn andere Staaten, wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Japan, DDR, Sowjetunion usw., ihre Atomenergie ausbauen und so auch ihre Exportindustrien immer mehr mit dem besonders billigen Atomstrom beliefern, dann würden sie auf den Weltmärkten gegenüber unserer Wirtschaft über beachtliche Wettbewerbsvorteile verfügen und unsere besonders exportintensive Industrie aus den Märkten hinausdrängen und darüber hinaus auch in unseren Binnenmarkt stärker als bisher eindringen.

Daß eine solche Entwicklung die Arbeitsplätze unserer gesamten Industrie gefährde, müsse doch jeder einsehen. So argumentieren jene, die die Fäden aller Wirtschaftssektoren in der Hand halten, sozusagen eine „nationale Gesamtverantwortung“ tragen, die sogenannten ideellen Gesamtvertreter: maßgebliche Persönlichkeiten der Regierung und der herrschenden Parteien. Und an diesem Argument als einzigem — und dies gestehe ich gerne zu — ist sachlich auch was dran, zumindest kurz- und mittelfristig. Nehmen wir erst einmal an, Atomstrom ist tatsächlich billiger — was das genau heißt, soll weiter unten erläutert werden. Was passiert aber mit dem vermeintlichen Wettbewerb, wenn alle Volkswirtschaften durch die Konkurrenz langfristig im Besitz von ausreichender Atomenergie sein werden? Doch nur, daß er — der Wettbewerbsvorteil — wieder dahin ist und daß alle nationalen Volkswirtschaften hinsichtlich der Energiekosten wieder an ihrer Ausgangslage angelangt sind, allerdings mit dem Unterschied, daß dann Hunderte, ja Tausende von AKW's überall in der ganzen Welt herumstehen und die Menschheit in der Gegenwart und in der Zukunft bedrohen werden. Selbst entsprechend einer immanenten Argumentation der Wettbewerbsapostel könnte mit dem Ausbau der Atomenergie lediglich die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Industrie verhindert werden, und das nur solange, bis der Wettkampf um die Weltmärkte von neuem wieder beginnt.

Dabei übersehen oder verschweigen diese „ideellen Gesamtvertreter“ der Nation die entgegengesetzte Wirkung. Träfe tatsächlich zu, daß Atomstrom billiger wäre, so wäre mit der Zunahme des Anteils dieser Energie gleichzeitig auch die Tendenz der Unternehmer verstärkt, schneller als bisher die menschliche Muskelkraft und Energie (selbstverständlich auch hier aus Wettbewerbsgründen) durch die Atomenergie zu ersetzen — die wachsende Substitution der menschlichen durch technisch erzeugte Energie ist die Hauptursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Hinter der Alternative „Arbeitslosigkeit oder Atomenergie“ steckt in Wirklichkeit also nur eines: „Atomenergie und Arbeitslosigkeit“. Dieser Sachverhalt belegt, daß die deutschen Gewerkschaften mit ihrem Einsatz für die Atomenergie nicht für Arbeitsplätze eintreten, sondern — der Kapitallogik verfallen — letztlich ungewollt viele Hunderttausende Arbeitsplätze aufs Spiel setzen. Und das muß man hier ganz klar sagen. Diese Leute, die „ideellen Gesamtvertreter“, übersehen noch etwas Wichtigeres: daß der Widerstand gegen die Atomtechnologie nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in allen Industrieländern existiert und auch von Tag zu Tag wächst, daß die internationale Solidarität der Anti-Atombewegung überall für den Bau-stopp sorgen wird und durch eine gemeinsame Anti-Atomstrategie den Atomtreibern ihr einziges, sachlich allerdings nur zeitlich beschränkt zutreffendes Argument aus der Hand nimmt.

Es gibt keine Alternative „Öl-Krieg oder Atomenergie“

2.4. „Ölkrieg oder Atomenergie“

Seit dem erfolgreichen Sturz des Schah-Regimes, der Geiselnahme in Teheran, der Afghanistankrise und der damit einhergehenden wachsenden Kriegsgefahr in der Welt, bedienen sich die Atomtreiber mit besonderer Vorliebe dieses Arguments. Dabei mißbrauchen sie für den Ausbau der Atomenergie das legitime Bedürfnis der breiten Bevölkerungsschichten nach Frieden genauso skrupellos wie ihr legitimes Bedürfnis nach sicheren Arbeitsplätzen. Die behauptete Alternative ist nicht nur sachlich falsch, nicht nur demagogisch, sondern politisch äußerst gefährlich. Sie muß daher besonders kritisch unter die Lupe genommen werden.

Zunächst einmal würde ein Krieg im Nahen Osten und die Besetzung „unserer Ölfelder“ (so Strauß) an dem Öl- und Energiepreis insgesamt für die Endverbraucher, d. h. für die Masse der Bevölkerung, nicht das geringste verändern. Wenn das Rohöl so viel wert ist, wie die OPEC fordert — und ich weiß, daß es mehr, sogar bedeutend mehr wert ist —, dann würde auch Kanzler Schmidt genausoviel verlangen wie Khomeini, wenn nicht letzterer, sondern er die Ölfelder des Iran verwaltete. Und genau das tut Kanzler Schmidt schon lange im Falle des im norddeutschen Raum geförderten Öls. Er sorgt durch die Anhebung des „Förderzinses“ mit dafür, daß

das deutsche Öl zu demselben Preis verkauft wird wie das gleichwertige OPEC-Öl. Nicht anders verhält sich Margaret Thatcher, die für das britische Öl sogar OPEC-Höchstpreise verlangt. Daß es so ist, resultiert übrigens aus dem alles Ökonomische beherrschenden Grundprinzip des Kapitalismus: aus dem Wertgesetz. Entweder haben Unternehmer und Politiker, die das Gegenteil behaupten, das Prinzip ihrer so geheiligten „freien Marktwirtschaft“ nicht begriffen oder sie sind Heuchler.

Die Alternative „Ölkrieg oder Atomenergie“ würde sachlich wenigstens

stimmen, wenn durch die imperialistische Enteignung der Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ aus mengenmäßigen Gründen die Atomenergie überflüssig würde. Durch einen Krieg im Nahen Osten werden aber die Ölreserven dieser Region nicht umfangreicher, sondern umgekehrt weniger, da viele Ölfelder dabei vernichtet werden würden. Das einzige, was ein Ölkrieg den imperialistischen Staaten bringen würde, sind die immensen Wertsummen des Öls — gegenwärtig ca. 300 Mrd. Dollar im Jahr —, die gewaltsam den OPEC-Staaten entrissen würden, um diese unter sich und den multinationalen Konzernen aufzuteilen. Und wozu? Etwa für die Finanzierung der nationalen Atomprogramme, in denen die Ölkonzerne schon

längst dicke drin sitzen? Denn nur so erhält der Zusammenhang zwischen einem Ölkrieg und der Atomenergie erst eine innere und sachliche Logik. Werden die Ölreserven durch einen Krieg nicht umfangreicher, so wird also auch die Atomenergie nicht überflüssig. Sie muß entsprechend der herrschenden Logik für die langfristige Energiebedarfsdeckung also doch, und zwar forciert, ausgebaut werden, womöglich dann auf dem Rücken der OPEC-Staaten. Hinter der Alternative „Ölkrieg oder Atomenergie“ scheint in Wirklichkeit eher die Politik des „Ölkriegs für die Atomenergie“ zu stecken. Mit der Konstruktion der in Wahrheit nicht existierenden Alternative „Ölkrieg oder Atomenergie“ und der Verkehrung des Sachverhaltes glauben jene Globalstrategen der Öl-, Atom- und Rüstungskonzerne die Anti-Atombewegung und die Friedensbewegung der Industrieländer gegeneinander auszuspielen, genauso wie sie mit der Alternative „Arbeitslosigkeit oder Atomenergie“ bisher mit einigem Erfolg die Gewerkschaften gegen die AKW-Gegner ausspielen konnten. Genau dies aber darf weder die Friedensbewegung, noch die Anti-Atombewegung, noch die Arbeiterbewegung länger zulassen.

3. Und was treibt die Atomtreiber zum Ausbau der Atomenergie?

In den bisherigen Überlegungen habe ich versucht, mich mit der ideologischen Rechtfertigung der Atomenergie auseinanderzusetzen. In den folgenden Thesen soll nach den tatsächlichen Triebkräften des forcierten Ausbaus der Atomtechnologie gefragt werden.

3.1. Das Interesse an militärischer Nutzung der Atomenergie

Die „friedliche Nutzung der Atomenergie“ ist ursprünglich zweifellos das Produkt ihrer militärischen Nutzung. Es dürfte auch unbestritten sein, daß die Rüstungsindustrie hüben und drüben von der Forschung der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie immer noch reichlich profitiert. Doch kann m. E. der forcierte Ausbau der Atomenergie in der gegenwärtigen Phase nicht hinreichend ausschließlich mit militärischen Erfordernissen begründet werden. Für einzelne Staaten vor allem der „Dritten Welt“ (z. B. Brasilien) mag es zutreffen, daß sie über den Umweg der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie zur Atombombe zu gelangen versuchen. Dies gilt jedoch nicht für die kapitalistischen Industriestaaten, die durch eine Trennung der „friedlichen“ von der militärischen Nutzung der Atomenergie versuchen, unter der Maske der ersteren, letztere forciert voranzutreiben. Am wenigsten gilt eine militärpolitische Begründung der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie für die Länder des „realen Sozialismus“, die einen solchen Schein aus legitimatorischen Gründen schon gar nicht brauchen.

3.2. Das Interesse am AKW-Export

Die relativ beschränkte Aufnahmefähigkeit der Binnenmärkte von Ländern wie der Bundesrepublik rechtfertigt aus betriebswirtschaftlicher Sicht keine eigene AKW-Industrie. Umgekehrt kann die deutsche AKW-Industrie nur dann überleben, d. h. die Rentabilitätsschwelle erreichen und darüber hinaus auch ihren Profit vermehren, wenn sie durch Eroberung der Weltmärkte ihren Umsatz (d. h. Stückzahl) rapide steigert. Diesem Zwang ist selbstverständlich auch die KWU ausgesetzt, insbesondere seit es die Anti-Atombewegung der Bundesrepublik geschafft hat, ihrer Expansion durch Baustopp vorerst einen Riegel vorzuschieben. So ist sie dazu übergegangen, so schnell und so viel wie möglich neue Kunden auf den Weltmärkten zu suchen. Die Militärdiktaturen der „Dritten Welt“, wie das Schah-Regime und das brasilianische Regime, haben sich — nicht zuletzt auch dank der großzügigen Unterstützung der Bundesregierung — bekanntlich als die besten Kunden der KWU erwiesen. Denn diese Regime gewähren die beste Garantie dafür, daß eine Anti-Atombewegung erst gar nicht entstehen kann, wie sie lange Zeit dafür gesorgt haben, daß die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt wurde. Die Revolution im Iran hat inzwischen nicht nur das Schah-Regime, sondern auch dessen Atomprogramm zu Grabe getragen. Hoffentlich für immer. Gerade das Beispiel Iran zeigt aber, wie wichtig es politisch für die Anti-Atombewegung der Industrieländer ist, sich nicht nur aus moralischen Gründen, sondern aus eigenem Interesse und im Sinne eines konsequenten Widerstandes gegen die Atommächte hierzulande, auch gegen die Militärdiktaturen und für die demokratischen Kräfte und sozialrevolutionären Bewegungen der „Dritten Welt“ einzusetzen.

Erwähnenswert sind auch die Konsequenzen der mörderischen Konkurrenz der AKW-Hersteller auf den Weltmärkten. Aus dem Zwang heraus, die AKW's zu besseren Konditionen gegenüber der Konkurrenz anzubieten, sind sie bestrebt, ihre Jahresproduktion noch stärker auszudehnen. Staaten wie die Bundesrepublik, die selbst AKW's herstellen, können sich daher am wenigsten leisten, die Atomenergie im eigenen Bereich einzuschränken oder gar ganz aufzugeben. Dieser „Sachzwang“ mag auch erklären, weshalb die RWE in Nordrhein-Westfalen den Bau von 11 genehmigten neuen Kohlekraftwerken bisher verhindert hat (Spiegel Nr. 10/1980). Die sich aus der Position der Bundesrepublik als AKW-Hersteller und -Exporteur ergebende ökonomische Tendenz widerspricht ganz eindeutig der von der SPD-Mehrheit und der Bundesregierung propagierten und trügerischen Formen: „So viel Kohle wie möglich, so viel Kernenergie wie nötig.“ Wer die Atomenergie im eigenen Land einschränken will, der muß konsequenterweise auch die Aufgabe der Weltmarktposition der eigenen AKW-Industrie, d. h. also diese Industrie insgesamt riskieren. Wer aber wie die Bundesregierung alles daran setzt, damit die deutsche AKW-Industrie ihre Position auf dem Weltmarkt expansiv ausbaut, der muß auch den massiven Ausbau der Atomenergie im eigenen Land wollen, selbst wenn er das Gegenteil behauptet.

3.3. Das Interesse an hohem Stromverbrauch

Mit genau dieser hier beschriebenen Tendenz fällt das Interesse an besonders hohem Stromverbrauch in der Bundesrepublik zusammen. Die offensichtlich rhetorischen Appelle an die Kleinverbraucher, Energie und Strom zu sparen, stehen in eklatantem Widerspruch zu dem Umstand, daß der Industrie völlig freie Hand gelassen wird, für einen uferlosen Anstieg des Stromverbrauchs zu sorgen. Schließlich widerspräche es auch dem Prinzip der „freien Marktwirtschaft“, sie — die Industrie — daran zu hindern, ihre Produkte ganz „frei“ auf dem Markt anzubieten. Die Elektroindustrie, die Energieversorgungsunternehmen, die „EVU's“ also, die Kraftwerkhersteller und die zahlreichen Zulieferer dieser Branchen wären die letzten, die gegen ihre eigenen Interessen verstoßen würden. Der Elektroindustrie kann man natürlich ebenso wenig verwehren, immer neue und billige, d. h. also stromverzehrende, elektrische Massenartikel auf den Markt zu bringen, wie den EVU's, die ja dazu sozusagen von Natur aus verdammt sind, den Absatz ihrer Ware: den Strom, soweit irgend möglich zu steigern. Und wer da glaubt, daß die Kraftwerkhersteller der gestiegenen Nachfrage nach Stromerzeugern nicht nachkommen sollten, der ist auf dem Holzweg. Schließlich sind es Kraftwerke, die den Strom liefern, damit wiederum die EVU's ihn absetzen und die Elektrogeräte ihn verbrauchen können.

Daß die großen Baukonzerne, Komponentenhersteller und Zuliefererbetriebe im starken Sog des gigantischen Elektromagneten sozusagen unfreiwillig aufgelesen werden, versteht sich von selbst. Für die schnelle und reibungslose Beseitigung der auftretenden Schwierigkeiten innerhalb des elektrisch miteinander in Verbund stehenden Dreiergespanns sorgen die historisch gewachsenen vielfältigen Verflechtungen (vgl. dazu Lutz Mez: Der Atomkonflikt, Berlin 1979,

s. 29 ff.). Kraftwerkhersteller, Betreiber und EVU's sowie die Elektroindustrie handeln keineswegs nach dem Motto: „gemeinsam sind wir stark“, sondern nach dem in der freien Marktwirtschaft hoch gepriesenen „Solidaritätsprinzip“. Gerade diese Solidarität sollte allen jenen entgeggehalten werden, die unserer Wirtschaftsordnung moralische und humane Maßstäbe schlicht absprechen. Und wer da der Bundesregierung vorwirft, sie würde den Rat des so gut funktionierenden Elektrokomplices kritiklos übernehmen und alles in ihren Kräften Stehende tun, damit der Strombedarf auch in Zukunft rapide ansteigt, der entbindet sie, die Bundesregierung, von ihrer Gesamtverantwortung, schließlich und endlich auch im Interesse der Verbraucher konsequent zu handeln. Denn nur so kann diese ihnen, den Verbrauchern, versichern, sie würde gemeinsam mit dem Elektro-Komplex dafür sorgen, daß die Lichter nie ausgehen werden, notfalls mit Hilfe des Atomstroms. Und wenn verstärkt Atomstrom geliefert werden soll, dann hat das mit dem Strom selber nichts zu tun. Bei ihm spürt man weder das Kohlendioxid noch die radioaktiven Strahlen. Weshalb also dann mehr Radioaktivität statt mehr Kohlendioxid? Das werden wir gleich sehen.

3.4. „Atomstrom ist billiger“

Die radioaktive Alternative kann mit dem Mangel an fossilen Energieträgern eigentlich nicht begründet werden. Die fossilen Energiereserven der Bundesrepublik und vieler anderer Staaten der Welt würden die Basis des Strombedarfs für noch sehr lange Zeiträume, auf jeden Fall bis zur technologisch vollen Nutzung der unerschöpflichen Energiequellen (Sonne), absichern. Nicht die fossilen Energieträger (Kohle, Ölschiefer, Erdgas, Rohöl etc.) sind knapp, wohl aber die besonders preisgünstigen und profitträchtigen unter ihnen wie das Rohöl.

Gegenüber den reichlich vorhandenen, aber teureren Energieträgern Kohle, Ölschiefer, Ölsande etc. ist die Atomenergie allemal billiger, zumal die Atomindustrie und die Regierung alles Erdenkliche tun, damit in naher Zukunft die Brütertechnologie voll zum Einsatz kommt, die ja dann den Ausnutzungsgrad des Uran um das 70fache steigert und so die Rohstoffkosten zu einer vernachlässigbaren Größe werden läßt. Wer könnte schon solch einem gewichtigen Sachargument etwas entgegensetzen. In der Tat scheint die von der Brütertechnologie gehegte Erwartung eines beachtlichen Strompreisvorteils die wichtigste Triebkraft des massiven Ausbaus der Atomenergie in allen kapitalistischen Staaten zu sein, also auch in jenen, die selbst AKWs nicht herstellen.

Doch nicht genug damit. Das kapitalistische Wachstumsmodell nachahmend, glauben selbst die Planungszentren und Regierungen der Länder des „realen Sozialismus“, diesen ökonomischen Vorsprung des kapitalistischen Systems nicht hinnehmen zu dürfen. Vielmehr sind sie offensichtlich bestrebt, ihren Rückstand gegenüber dem Kapitalismus im Wettkampf der Systeme durch noch forcierten Ausbau der Atomenergie nachzuholen.

Dabei übersehen oder unterschlagen die Verfechter der Atomenergie hüben wie drüben einen entscheidenden Faktor. Der vermeintlich ökonomische Vorteil des Atomstroms — natürlich immer unter der Voraussetzung, daß die Brütertechnologie zum Einsatz kommt — ist ein kurzfristiger, sozusagen rein betriebswirtschaftlicher Vorteil. Es ist eindeutig, daß bei einem Kostenvergleich ausschließlich die bei jedem einzelnen Stromerzeuger unmittelbar entstandenen Kostenfaktoren als solche in die Kalkulation eingehen. Weder die Forschungsausgaben noch die sozialen Kosten und Folgekosten werden dabei berücksichtigt, schon gar nicht die Kosten der

Umweltbelastung. Daß solche Kosten nicht nur bei den AKWs, sondern prinzipiell nicht berücksichtigt werden, entspricht den Regeln des Kapitalismus und der Logik seiner einzelwirtschaftlich fixierten Kalkulation. Daß die Unternehmer die Übernahme dieser Kosten stets von sich weisen, begründet noch lange nicht, daß sie überhaupt nicht entstanden sind. Wer sie tragen muß, ist offensichtlich: die Allgemeinheit, die gesamte Gesellschaft. Die Forschungskosten, denen ich im konkreten Fall nicht besonderes Gewicht beimessen möchte, obwohl auch diese Frage einer Untersuchung wert wäre, schießt der Staat im voraus vor. Was aber einen tatsächlichen, d. h. gesamtgesellschaftlichen Kostenvergleich zwischen Atomstrom und Kohlestrom bzw. alternativen Möglichkeiten der Stromerzeugung unmöglich

macht, sind gerade die sozialen Folgekosten, die Kosten der Langzeitschäden an Menschenleben. Gänzlich unkalkulierbar ist der Aufwand, den die späteren Generationen, ja die Menschheit, in Tausenden von Jahren für die immer umfangreicher werdenden Überreste der Atomtechnologie, für den Schutz der stillgelegten AKWs, für die Lagerung und den Schutz des Atommülls etc. und vor allem für einen Katastrophenfall aufbringen muß.

Den Unternehmer interessieren solche gesamtgesellschaftlichen und langfristigen Überlegungen einen Dreck, und sie können ihn auch gar nicht interessieren. Er muß heute und jetzt seine Kosten minimieren, seinen Gewinn maximieren. Dazu braucht er heute und jetzt den billigen Atomstrom, zumal die Atomtechnologie nun einmal da ist, andere Technologien aber erst entwickelt werden müssen. Auch der humanste Politiker, der den Kapitalismus verwaltet, ist beim besten Willen überfordert, ernsthaft solche Überlegungen anzustellen,

geschweige denn, daraus Handlungskonsequenzen zu ziehen. Auch er ist gezwungen, stets auf unvorhersehbare Entwicklungen kurzfristig zu reagieren. Aus Sorge um Konkurrenz Nachteile gegenüber einem anderen Land muß er sich auch für die Atomenergie einsetzen. Handeln der Unternehmer und der ihn vertretende Politiker im Sinne einer langfristig orientierten, die gesamtgesellschaftlichen Interessen und die Natur in ihrer Gesamtheit (also auch die menschliche Natur) berücksichtigenden Politik, so verletzen sie die betriebswirtschaftlichen Kriterien des Kapitalismus, d. h. also das Profit- bzw. Rentabilitätsprinzip.

Verhalten sie sich umgekehrt systemimmanent, so stehen sie zwangsläufig eben in eklatantem Widerspruch zu gesamtgesellschaftlichen, kurz- und langfristigen ökonomischen, kulturellen und psychologischen menschlichen Interessen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Planer und Bürokraten im „realen Sozialismus“, solange auch dort eine modifizierte Form des Profitprinzips das gesellschaftliche Geschehen letztlich bestimmt, mit dem Unterschied, daß dieses bloß seinen „sozialistischen Gang“ nimmt. Die Atomtechnologie bringt wie keine andere vom Kapitalismus geschaffene Technologie den eben beschriebenen Widerspruch so deutlich zutage. Deshalb bietet sie uns auch die Chance, gerade an ihr den Widerspruch zwischen Kapitalismus und menschlichen Interessen und Bedürfnissen besonders deutlich zu dokumentieren. Würde uns diese heimtückische Technologie alle in die Barbarei stürzen, wenn sie uns weiterhin durch die menschlichen Werkzeuge des Kapitalismus aufgebürdet würde, so könnten wir umgekehrt mit unserem unnachgiebigen Kampf gegen diese Technologie die Menschheit für eine allgemeine Emanzipation gewinnen, für eine Emanzipation von obskuren Macht- und Herrschaftsverhältnissen, für eine Emanzipation von unsichtbaren Prinzipien und Gesetzen, die sich hinter unser aller Rücken durchsetzen und bestimmen, was wir zu tun haben, und nicht nur uns, die Unterdrückten, sondern auch die Unterdrücker und Herrscher zu ihren Sklaven machen, für eine Emanzipation also, in der auch die menschliche Seele der Kapitalisten selbst inbegriffen ist. Auch den Strom- und Atomgiganten, den Kapitalisten und ihren politischen Repräsentanten, den Bürokraten und

ZK-Mitgliedern in aller Welt müssen wir klarmachen, daß die radioaktiven Strahlen keine Klassenunterschiede kennen. Sie verschonen nicht einmal ihre eigenen Urheber.

4. Grundzüge der politisch programmatischen Konsequenzen für die Anti-Atombewegung

Dem offensiven, die Emotionen und Bedürfnisse der Bevölkerung mißbrauchenden Agitations- und Propagandatummel der AKW-Industrie, ihrer politischen Gönner und ihrer Presse müssen wir unsere offensive, aber sachliche Aufklärung entgegensetzen. Hierzu bedarf es der Mobilisierung und des effektiven Einsatzes aller politischen, aber auch wissenschaftlichen Potenzen der Anti-Atombewegung.

— Wir müssen durch verschiedene Möglichkeiten der Information dem „kleinen Mann auf der Straße“ nachweisen, daß es wegen eines Strom- oder gar Energiemangels keinen Anlaß zur Beunruhigung gibt und daß dieser Mangel insbesondere beim Strom erst künstlich geschaffen werden soll.

— Wir müssen durch Kleinarbeit auf lokaler und regionaler Ebene den Kollegen in den Betrieben nachweisen, daß die Atomenergie ihre Arbeitsplätze nicht

sicherer macht, sondern eher gefährdet.

— Wir müssen den Kollegen im DGB ganz deutlich sagen, daß es nicht länger möglich sein darf, die Energiepolitik der gesamten Arbeitnehmervertretung von einer Einzelgewerkschaft, der ÖTV, maßgeblich bestimmen zu lassen. Es dürfte auch nicht länger hingenommen werden, daß eine kleine, aber offensichtlich einflussreiche und in der ÖTV organisierte Gruppe der in der AKW- und Stromindustrie arbeitenden Kollegen aus kurzfristigen Eigeninteressen auf die DGB-Energiepolitik Einfluss zu nehmen versucht und dabei sogar riskiert, daß die langfristigen Interessen der gesamten Arbeiterschaft aufs Spiel gesetzt werden.

— Wir müssen allen Versuchen, die Anti-Atombewegung und die Friedensbewegung, z. B. durch die Parole: „Öl-krieg oder Atomenergie“, zu spalten, entgegentreten. Dies erfordert bessere Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen beider Bewegungen. Das gleiche gilt auch für die Ökologiebewegung einschließlich der Grünen Partei insgesamt. Diese Versammlung der Christen gegen Atomenergie und Atomrüstung in Osnabrück und die gemeinsame Konferenz von BBU und DFG-VK in den nächsten Tagen in Mainz sind wichtige Schritte in diese Richtung.

— Wir müssen die Zusammenarbeit mit der internationalen Anti-Atombewegung verstärken. Jede national orientierte Anti-Atombewegung ist zum Scheitern verurteilt. Das Atomprogramm kann und muß international zu Fall gebracht werden.

— Wir müssen auch die gegen die Diktatur von kleinen Atom- und Rüstungscliquen gerichteten sozialen Bewegungen und Umwälzungen der „Dritten Welt“ unterstützen, und dies im Interesse des antimilitärischen und antiatomaren Widerstandes hierzulande.

